

**(Abgeordneter Weiß.)**

(A) Während des Krieges trat die Brennmaterialfrage gewaltig in den Vordergrund. Es entstand die Frage: Können wir nicht durch Torf dieser Kalamität etwas abhelfen? Bei Hammerbrücke ist ein ganz versäuertes Gelände. Es wird von der dortigen Bevölkerung gewünscht, daß dieses Gelände kanalisiert wird, und dabei könnte Torf in großer Menge gefördert werden. Die Amtshauptmannschaft Schwarzenberg wollte das Problem in die Hand nehmen, und die Amtshauptmannschaft Auerbach wollte auch daran teilnehmen. Die Verhandlungen gingen hin und her. Es ist nicht viel dabei herausgekommen. Soviel ich unterrichtet bin, ist der Torf liegengelassen. Jetzt könnte das noch in bestimmte Erwägung gezogen werden.

Dann hat die Regierung gesagt, daß sie z. B. Anweisungen hinausgegeben und so und so viel Notstandsarbeiten angewiesen hätte. Die Arbeitsnachweise funktionieren schon in dieser Beziehung. Aber was die Regierung nicht getan hat, ist, daß sie die nötigen Umfragen, ob die Gemeinden das Nötige veranlaßt hätten, gestellt hätte, um das Heft in die Hand zu bekommen. Die Gemeinden berichten heute noch nicht an die Zentralstellen, was sie zu tun gedenken und was sie bisher getan haben. Es muß von Seiten der Regierung dahin gewirkt werden, daß die Pläne, die die Gemeinden

(B) haben, der Regierung vorgelegt werden. Dadurch können wir erreichen, daß in allen Bezirken Arbeit geschaffen wird und daß die Arbeiterschaft nicht Hunderte von Kilometern forttransportiert werden muß. Das ist eine wichtige Frage, die hier berührt werden muß. Für einen Soldaten, der jahrelang draußen war, ist es kein Vergnügen, wenn er infolge der Arbeitslosigkeit wieder Hunderte von Kilometern von seiner Familie weggeschickt wird. Im Interesse der Ordnung in der Familie ist es notwendig,

(Sehr richtig!)

daß eine Einteilung nach Bezirken stattfindet. Man kann die Arbeiter nicht nach den Bergwerken schicken, ohne Rücksicht auf die Familie zu nehmen; diese bildet das Rückgrat des Volkswirtschaftslebens.

Betreffs der Verkehrsverhältnisse begrüße ich das, was die Regierung hier gesagt hat. Wollen wir die Industrie hochbringen, so müssen wir die Verkehrsverhältnisse wieder ausbauen.

In diesem Zusammenhange möchte ich erwähnen, daß gerade die Eisenbahnbehörden den Arbeitern nicht das nötige Entgegenkommen gezeigt haben. Mir liegen mehrere Schreiben vor, nach denen Eisenbahnarbeiter, die bis November im Heeresdienste oder bei fremd-

ländischen Bahnen beschäftigt waren, zurückgekommen sind (C) und bis heute noch nicht bei der Eisenbahn eingestellt sind, sie laufen noch nach drei Monaten arbeitslos herum. Wenn man mit Beschwerden an die Behörden kam, dann hieß es, es sind Aushilfsarbeiter gewesen. Wir können sie nicht einstellen. Wo soll das hinführen? Auf der einen Seite machen wir sie arbeitslos, und auf der anderen Seite müssen wir doch dafür aufkommen. Dann sollte man doch ein paar Arbeiter mehr einstellen, als Arbeitslosenunterstützung gewähren.

Über die Herabminderung der Arbeitszeit ließe sich vielleicht reden. Die achtstündige Arbeitszeit genügt vollständig. Wenn es nur darum ginge, die Arbeitszeit zu vermindern, um allen Arbeit zu schaffen, könnte man das Problem in Anspruch nehmen. Wir können dabei nichts gewinnen, weil wir für die ausfallenden Stunden wieder Arbeitslosenunterstützung zahlen müssen: deshalb ist es wichtiger, die Arbeiter irgendwo anders unterzubringen. Man kann die Sache von zwei Seiten ansehen.

Zum Schluß noch einiges! Von der rechten Seite ist hauptsächlich darauf hingewiesen worden, daß eine Sicherung vor dem Mißbrauch der Arbeitslosenunterstützung geschaffen werden müßte. Ich habe schon erwähnt, daß ich die große Befürchtung nicht hege. Aber ich kann mir denken, daß es solche Fälle gibt. Gegenüber (D) über diesen wird Abhilfe ergriffen werden können und müssen. Hier wurde schon erwähnt die Befristung der Unterstützung, sinkende Sätze bei längerer Dauer und der gesetzliche Arbeitszwang. So erwägenswert diese Dinge sind, so glaube ich doch, daß es bis zu einem gewissen Grade Gewalterperimente sind und daß man mit diesen Dingen vorsichtig sein muß. Eine gewisse Arbeitswilligkeit muß vorausgesetzt werden. Den Herren von der Regierung wird man beipflichten müssen, wenn sie sagen: die Arbeiterschaft muß sich bewußt werden, was auf dem Spiele steht.

Wir müssen in den Gewerkschaften auf unsere Arbeiter sittlich und moralisch einwirken, da wir die Verantwortung tragen. Die Arbeiterschaft hat mit dem 9. November Regierung und Gewalt in die Hände bekommen und hat nun auch die Pflicht, vor dem Volke und der Geschichte sagen zu können, daß sie nicht das Volk heruntergewirtschaftet habe, sondern daß es durch uns hochgekommen sei. Wenn wir in dieser Richtung auf die Arbeiter einwirken, werden solche Putschversuche, wie sie jetzt vielfach gemacht werden und die das Gegenteil von dem bringen, was erstrebt wird, fortfallen, und es wird uns gelingen, über die Schwierigkeiten besser hinwegzukommen als bisher.